



Gemeinde Ubstadt-Weiher

Begründung zum Antrag auf Änderung der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Bruch bei Stettfeld“

Die Gemeinde Ubstadt-Weiher stellt einen Antrag auf Änderung der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Bruch bei Stettfeld“. Die Notwendigkeit der Änderung wird im Folgenden begründet.

Das Naturschutzgebiet

Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat als höhere Naturschutzbehörde am 23. Februar 1984 die Verordnung über das Naturschutzgebiet "Bruch bei Stettfeld" erlassen

Geschützt ist eine 97,24 ha große Fläche in den Gemarkungen der Teilorte Stettfeld, Ubstadt und Weiher. (vgl. Übersichtsplan)

***Schutzzweck** ist die Erhaltung der weitläufigen, nassen, wechselfeuchten Schilf-, Seggen- und Wiesenflächen sowie der Gebüschbestände und des Erlenwaldes als Lebensraum von gefährdeten Pflanzen- u. Tiergesellschaften sowie insbesondere als bedeutsames Vogelbrutgebiet.*

Verbote: *Im Naturschutzgebiet sind alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Schutzgebietes oder seiner Bestandteile, zu einer nachhaltigen Störung oder zu einer Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Forschung führen können.*

Insbesondere ist es u.a. verboten:

- *bauliche Anlagen im Sinne der Landesbauordnung zu errichten oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen durchzuführen,*
- *Straßen, Wege, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen anzulegen, Leitungen zu verlegen oder Anlagen dieser Art zu verändern,*
- *die Bodengestalt zu verändern,*
- *fließende oder stehende Gewässer zu schaffen, zu beseitigen, zu verändern*
- *sowie Entwässerungs- oder andere Maßnahmen vorzunehmen, die den Wasserhaushalt des Gebietes verändern,*

*Von den Verboten kann nach § 63 NatSchG (aktuell: § 67 Bundesnaturschutzgesetz i.V.m. § 54 Naturschutzgesetz BW) **Befreiung** erteilt werden.*

Da die geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen (siehe unten) alle in der Verordnung explizit genannten Verbote umfassen und auch einen räumlich großen Teil des NSG einnehmen, ist der Weg der Befreiung nicht möglich.

Vielmehr ist, bevor die Hochwasserschutzmaßnahmen genehmigt und realisiert werden können, eine Änderung der Schutzgebietsverordnung erforderlich.

Notwendigkeit der Hochwasserschutzmaßnahmen

Im Februar 2016 wurde die „Hochwasserschutzkonzeption am Kraichbach von der Salzbrunnenstraße bis zum Schneidmühlwehr und am Kriegbach auf der Gemarkung Ubstadt-Weiher“ vorgelegt.¹

¹ Wald+Corbe, Hochwasserschutzkonzeption am Kraichbach von der Salzbrunnenstraße bis zum Schneidmühlwehr und am Kriegbach auf der Gemarkung Ubstadt-Weiher, Februar 2016



Auslöser für die Untersuchung war die Hochwassergefahrenkarte "Nördlicher Oberrhein", die in 2013 vom Regierungspräsidium Karlsruhe veröffentlicht wurde.

Die Hochwassergefahrenkarte zeigt für große Flächen vor allem der Gemarkung und auch der Ortslage Weiher einen Einstau bei unterschiedlichen Hochwasserereignissen, die dadurch zu Stande kommen, dass im Bereich von Freibordefiziten der bestehenden Hochwasserdämme die Überflutungsflächen über sog. Breschenszenarien gerechnet werden.

Die „deklaratorische“ Darstellung des Überschwemmungsgebietes (HQ₁₀₀) führt aufgrund der Regelungen in § 78 WHG in Verbindung mit § 65 Wassergesetz Baden-Württemberg zu erheblichen Restriktionen.

So sind bei Einzelbauvorhaben in bereits genehmigten Baugebieten aber auch für neue Baugebiete strenge Auflagen zu erfüllen sind. In Überschwemmungsgebieten herrscht grundsätzlich Bauverbot; für Ausnahmen müssen z. T. schwierig nachzuweisende Kriterien erfüllt werden (z.B. zeitgleicher Retentionsausgleich).

Der Kraichbach ist im Bereich Ubstadt-Weiher ab unterhalb der Kreuzung mit der B 3 ein Gewässer erster Ordnung (G.I.O.). Der Hochwasserschutz und die Unterhaltung am Kraichbach ist damit Aufgabe des Landes.

Die Gemeinde Ubstadt-Weiher ließ in Abstimmung mit dem Land die o.g. Hochwasserschutzkonzeption erstellen.

Die sich daraus ergebenden Maßnahmen werden in Trägerschaft der Gemeinde geplant. Insgesamt soll ein 100-jährlicher Hochwasserschutz hergestellt werden.

Geplante Maßnahmen

Nach einer mehrjährigen Planungsphase, an der Vertreter der Höheren Naturschutzbehörde ständig beteiligt waren und die auch mit der Unteren Naturschutzbehörde beim Landratsamt Karlsruhe immer wieder abgestimmt wurde, ergaben sich folgende, im beigefügten Übersichtsplan dargestellten Einzelmaßnahmen.

M 3 Neuer linksseitiger Damm

Am Ostrand des NSG, links des Kraichbach (außerh. NSG), zwischen Bahnlinie und Kläranlage
Fläche ca. 7.200 m²

M 5 Neuer linksseitiger Damm

Links des Kraichbach, zwischen Bahnlinie und renaturiertem Kraichbachabschnitt (außerh. NSG)
Fläche ca. 34.000 m²

Neuanlage Kraichbach in 34 - 40 m breitem Entwicklungskorridor

Südlich der Bahnlinie bis Seitengraben Flst.Nr. 7477
Fläche ca. 25.000 m²

Verwallung als hydraulisches Trennelement zwischen Kraichbach und Bruch

Rechts des Kraichbach auf Länge Entwicklungskorridor
Fläche ca. 7.800 m²



Einstau Bruch

Rechts des Kraichbach
Fläche bis ca. 15 ha

M 4 Abschlussdamm am Nordrand des Bruch

Entlang Bahnlinie und Nordrand NSG
Fläche ca. 9.000 m²

M 4 Schutzmauer am Nordrand des Bruch

Östlicher Nordrand NSG
Fläche ca. 1.000 m²

Änderung der Schutzgebietsverordnung

Die Erklärung zum Naturschutzgebiet erfolgt durch Rechtsverordnung der höheren Naturschutzbehörde (§ 23 Abs. 3 NatSchG). Entsprechend liegt auch die Zuständigkeit für die Änderung der Erklärung der Unterschutzstellung bzw. der NSG-Verordnung beim Regierungspräsidium (§ 23 Abs.10 NatSchG)

Nach § 22 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz bestimmt die Erklärung den Schutzgegenstand, den Schutzzweck, die zur Erreichung des Schutzzwecks notwendigen Gebote und Verbote, und, soweit erforderlich, die Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen oder enthält die erforderlichen Ermächtigungen hierzu. Schutzgebiete können in Zonen mit einem entsprechend dem jeweiligen Schutzzweck abgestuften Schutz gegliedert werden; hierbei kann auch die für den Schutz notwendige Umgebung einbezogen werden.

Der Antrag der Gemeinde auf Änderung der Schutzgebietsverordnung schlägt eine Zonierung des NSG entsprechend den geplanten Maßnahmen vor. Eine Herausnahme von randlichen Flächen wird nicht beantragt.

Vorgeschlagen werden:

Zone 1: Fläche innerhalb der die Maßnahmen M 3 und M5 (Neuer linksseitiger Damm) und M 4 (Abschlussdamm und Schutzmauer am Nordrand des Bruch) zulässig sind.

Zone 2: Fläche Entwicklungskorridor des neu angelegten Kraichbaches.

Zone 3: Fläche für Verwallung als hydraulisches Trennelement

Zone 4: Einstau Bruch zwischen Kraichbach und Bruch

Die genaue Abgrenzung der Zonen kann im Vorfeld des Änderungsverfahrens einvernehmlich festgelegt werden.

Für die einzelnen Zonen müssen u.U. Schutzgegenstand und Schutzzweck unterschiedlich definiert werden. Gebote und Verbote und vor allem jeweils zulässige Handlungen sind festzulegen.

Mosbach, den 20.05.2021
gez. Walter Simon